hen Minderjähriger (vgl. § 69 Abs. 1, § 70 StGB),

~ Strafen ohne Freiheitsentzug (vgl. § 23 / Abs. 1, § 69 Abs. 1 StGB),

- Strafen mit Freiheitsentzug (vgl. § 23 Abs. 1, § 69 Abs. 1 StGB).

An diesem System staatlich-gerichtlicher Maßnahmen strafrechtlicher Verantwortlichkeit fällt besonders auf, daß neben den Strafen, die im Allgemeinen Teil des StGB ausführlich konzipiert worden sind (vgl. dazu im einzelnen die Ausführungen in den folgenden Abschnitten dieses Kapitels), für Minderjährige zusätzlich neben den Einstellungsmöglichkeiten nach §§ 67, 68 StGB und den Übergaben an gesellschaftliche Gerichte noch die „Auferlegung besonderer Pflichten“ vorgesehen ist. Diese ist zwar eine gerichtliche Maßnahme strafrechtlicher Verantwortlichkeit, aber keine Strafe. Sie schafft dem Gericht eine weitere Möglichkeit, gegenüber Minderjährigen auf die Anwendung von Strafen zu verzichten und statt dessen die erzieherischen Potenzen der Gesellschaft und die Fähigkeiten des Minderjährigen zur Selbsterziehung zu mobilisieren. Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß die Staatsanwaltschaften und Gerichte durch Hinausgehen über rein justizförmige Aktivitäten bei dem Minderjährigen und seiner Lebensumwelt, besonders auch unter Mobilisierung der Schul- oder Arbeitskollektive, den Boden für die Anwendung der Maßnahmen gemäß § 70 StGB bereiten und ihre Aktivitäten über die bloß formelle Verurteilung hinaus auf eine weitere Arbeit mit dem Verurteilten ausdehnen. Die Anwendung des § 70 StGB verlangt umfangreichere und intensivere Aktivitäten als jede Verurteilung zu einer Strafe. Diese Bestimmung wird gegenwärtig nur gegenüber rund 2,5 Prozent der festgestellten minderjährigen Straftäter angewendet, und damit werden die gesetzlich gegebenen Chancen intensiver erzieherischer Einwirkung auf Minderjährige, also ein ganz bedeutender Vorzug sozialistischen Strafrechts, zu wenig genutzt.

Abschließend zu diesem Abschnitt bleibt festzuhalten, daß das sozialistische Strafrecht den Organen der Rechtspflege breite und vielfältige Möglichkeiten zur Reaktion auf Straftaten bietet, die von dem Absehen von Maßnahmen strafrechtlicher Verantwortlichkeit über die Übergabe an ein gesellschaftliches Gericht bis zu einem vielgestaltigen System von Maßnahmen strafrechtlicher Verantwortlichkeit ohne und mit Strafcharakter sowie ohne und

mit Freiheitsentzug reichen, wobei auch für die angedrohten Strafen nie absolute Strafen, sondern immer Strafraumen (also von... bis...) vorgegeben sind, was abermals größte Flexibilität ermöglicht.

Diese Vielgestaltigkeit an Reaktionsmöglichkeiten der Rechtspflegeorgane ist jedoch nicht geschaffen worden, um den „Spielraum“ staatsanwaltschaftlichen oder richterlichen „Ermessens“ zu verbreitern. Es liegt *nicht im Belieben* der Rechtspflegeorgane, ob sie *in der Summe ihrer Aktivitäten* gegenüber den verschiedenen Taten und Tätern *den gegebenen Rahmen gesetzlicher Möglichkeiten ausschöpfen*. Sie sind hierzu nach den *Prinzipien sozialistischer Gesetzlichkeit verpflichtet*; wobei diese Verpflichtung nicht ohne Erhöhung der Aktivität in der Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Kräften, namentlich den Kollektiven der Werktätigen in den sozialistischen Produktionsbetrieben, erfüllbar ist. Bei der Wahrnehmung dieser Möglichkeiten ist zu beachten, daß dies nicht allein nach Maßgabe der begangenen Tat und der Persönlichkeit, sondern ebenso immer auch unter Berücksichtigung der Potenzen der Gesellschaft zu geschehen hat. Bei letzterem kommt es nicht nur darauf an, den Ist-Zustand der Fähigkeit eines Kollektivs zur Erziehung von Straftätern zu beachten, sondern auch die Entwicklungsfähigkeit eines Kollektivs in Rechnung zu stellen, wenn ihm verantwortungsvolle Aufgaben für die Erziehung des Rechtsbrechers übertragen werden. Die Ausschöpfung der Möglichkeiten, die der Aktions- und Strafraumen vorgibt, erfordert Erhöhung von Intensität und Niveau gerichtlicher Tätigkeit. Notwendig ist, vereinfachendem Aufwand-Nutzen-Denken entgegenzutreten und eine über das juristische Fachstudium hinausreichende Weiterbildung der Justizkader auf wesentlichen angrenzenden Gebieten der Sozial- und Individualpädagogik und Psychologie zu sichern.

Setzt man diese gesetzlichen Möglichkeiten der sozialistischen Strafrechtspflege, wie sie bereits im Strafgesetzbuch von 1968 konzipiert und zum Teil auch schon in der Rechtspflegepraxis durchgesetzt oder umgesetzt worden sind, zu den in den entwickelten kapitalistischen Ländern der Gegenwart diskutierten und mit wechselndem Erfolg und Mißerfolg praktizierten „Diversionskonzepten“, das heißt jenen Konzepten in Bezug, die eine Vermehrung von „Einstellungen“ zum Zwecke der Umgehung umständlicher oder auch besonders für Minder-